

Medienmitteilung

Donnerstag, 17. März 2009

Überschiessende Forderungen

economisesuisse lehnt SGB-Massnahmenpaket zur Stützung der Konjunktur ab

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat heute ein überbordendes Paket von weiteren Massnahmen zur Stützung der Konjunktur vorgestellt. Das vorgeschlagene Programm verwechselt Masse mit Wirkung und widerspricht teilweise den Effizienzkriterien, die an ein Konjunkturprogramm zu stellen sind. economisesuisse unterstützt weiterhin das stufenweise Vorgehen des Bundesrates.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat heute ein voluminöses drittes Konjunkturpaket gefordert. Finanzpolitisch ist das unverantwortlich, da wir die Lasten der Neuverschuldung künftigen Generationen überwälzten. Bei der Beurteilung darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass Kantone und Städte die Konjunktur zusätzlich zum Bund mit weiteren 2,8 Milliarden stützen. Die gesamten staatlichen Ausgaben zur Konjunkturstützung betragen in der Schweiz somit bereits heute beinahe vier Milliarden Franken. Die Wirkung von Konjunkturmassnahmen ist in der Schweiz wegen des grossen Exportanteils und der hohen Sparquote zudem ohnehin beschränkt. „Bei der Ausarbeitung eines allfälligen dritten Massnahmenpakets braucht es deshalb grosses Augenmass“, erklärt Rudolf Minsch, Chefökonom von economisesuisse.

economisesuisse hat Verständnis für die Sorgen um die konjunkturelle Lage. Der Entscheid über die Opportunität eines dritten Pakets muss aber auf der Basis von erhärteten Prognosen gefällt werden. Die Massnahmen für ein allfälliges drittes Konjunkturprogramm sind zudem seriös zu prüfen und dürfen nicht durch Sonderwünsche einzelner Partei- oder Interessengruppen definiert werden. Auch in konjunkturell schwierigeren Situationen sind Grundsätze der Ausgabendisziplin nach wie vor zu respektieren. Das vorgesehene Dispositiv der Schuldenbremse inkl. der Ergänzungsregel für ausserordentliche Situationen ist dabei zwingend zu beachten. Die Forderung des SGB nach einem dritten Konjunkturpaket ist unausgegoren. Die Wirtschaft unterstützt den Bundesrat darin, allfällige zusätzliche Massnahmen seriös und mit Sorgfalt zu prüfen. Diese müssen folgenden Kriterien genügen:

- zeitgerecht wirken,
- zielgenau den tatsächlich betroffenen Wirtschaftszweigen helfen und
- zeitlich befristet sein, um eine langfristige Überschuldung zu vermeiden.

Die Krise darf nicht als Deckmantel missbraucht werden, um im Normalfall nicht mehrheitsfähige Eigeninteressen durchzusetzen.

Rückfragen:

Roberto Colonnello

Telefon: 044 421 35 35